



BESCHLUSS-(RESOLUTIONS-)ANTRAG

der Gemeinderät*innen Dipl.-Ing. Martin Margulies und Hans Arsenovic und
Freund*innen (GRÜNE)
eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 28.6.2021
zu Post 1 der heutigen Tagesordnung (zur Generaldebatte) betreffend

Finanzausgleich und Vermögenssteuer

B E G R Ü N D U N G

Eben erst neu erschienene Vermögensberichte der Boston Consulting Group (<https://www.bcg.com/publications/2021/global-wealth-report-2021-delivering-on-client-needs>) sowie der Credit Suisse (<https://www.credit-suisse.com/about-us/en/reports-research/global-wealth-report.html>) zeigen auch für 2020 ein unvermindertes Wachstum im Vermögensaufbau. Dies selbst in Zeiten der größten Gesundheitskrise der letzten 100 Jahre.

Die Credit Suisse spricht dabei für 2020 von einem Anstieg der Vermögen in Österreich um 11% (!) bzw. in Zahlen ausgedrückt rd. 190 Milliarden Euro (218 Mrd. US\$). Schätzungen für die kommenden Jahre gehen von einem Vermögenszuwachs in Höhe von jährlich zumindest 100 Mrd. Euro aus.

Während von einem Medianeinkommen für Vollzeitbeschäftigte iHV knapp € 45.000,- brutto Jahreseinkommen 2020 rd. € 14.000,- bzw. 31% an Steuern und Abgaben zu leisten sind wurde bestehendes Vermögen iHV knapp 2.000 Milliarden Euro in Form der Grundsteuer mit nicht einmal 0,05% versteuert.

Die Besteuerung des als Flussgröße mit dem Einkommen vergleichbaren Vermögenszuwachses um 190 Milliarden Euro (für das Jahr 2020) erfolgte mit nicht einmal 1,5%. Die Gesamteinnahmen via KEST (I + II) liegen bei knapp 2,6 Mrd. Euro.

Wird als Ausgangspunkt einer Steuerreform die Beibehaltung der Steuer- und Abgabenquote ins Auge gefasst, böte die Einbeziehung von Vermögen als Grundlage der Besteuerung die Möglichkeit einer umfassenden Senkung einer Vielzahl von Steuern und Abgaben sowohl im Interesse der Gesamtbevölkerung als auch im Interesse der Wirtschaft. Gepaart mit einer Ökologisierung des Steuer- und Abgabensystems würde diese das Rückgrat für eine umfassende Steuerreform zur Ökologisierung des Steuersystems bei einer weitaus gerechteren Verteilung der Steuerlast bilden.

Die unterzeichnenden Gemeinderät*innen stellen daher gemäß 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Gemeinderat ersucht Bürgermeister Dr. Michael Ludwig (auch in seiner Funktion als Vorsitzender des Städtebundes) sowie Finanzstadtrat Peter Hanke bei den kommenden Verhandlungen zum Finanzausgleich verstärkt auf Einbeziehung von Vermögen als Basis zur Besteuerung (Vermögenssteuer) zu drängen.

Dabei soll jedenfalls darauf geachtet werden, dass Freibeträge sicherstellen, dass erst Vermögen von mehr als einer Million Euro einer steuerlichen Behandlung unterzogen werden.

Daraus resultierende Einnahmen sollen gemäß dem bereits bestehenden Verteilungsschlüssel (für den Großteil der Steuereinnahmen) zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verteilt werden.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Wien, am 28.9.2021